Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Salm

Sitzungstermin: 10.05.2021
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 20:25 Uhr
Ort, Raum: Salm, Gemeindehaus

ANWESENHEIT:

gesetzliche Zahl der Mitglieder: 9

Vorsitz

Herr Rolf Hoffmann Ortsbürgermeister

Mitglieder

Herr Rene Borsch

Herr Stefan Hoffmann

Herr Dieter Jung

Herr Jörg Müller Erster Beigeordneter

Herr Stephan Pallemanns

Herr Christian Rings anwesend während TOP 3

Herr Christoph Steilen

Herr Norbert Tombers

Verwaltung

Herr Hans Peter Böffgen Bürgermeister

Herr Stefan Mertes Wirtschaftsförderung

Frau Karolin Saxler Protokollführerin

Gäste

Herr Thomas Hau Innogy

Fehlende Personen:

Die Mitglieder des Ortsgemeinderates Salm waren durch Einladung vom 03.05.2021 auf Montag, 10.05.2021 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Gegen die ordnungsgemäße Einberufung wurden keine Einwendungen erhoben. Der Ortsgemeinderat war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Einwohnerfragen
3. Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED
Vorlage: B-0102/21/32-025
4. Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 1-3348/21/32-024
5. Informationen des Ortsbürgermeisters
6. Anfragen / Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

7. Niederschrift der letzten Sitzung
8. Informationen des Ortsbürgermeisters
9. Anfragen / Verschiedenes

Zur Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen, Änderungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht.

Protokoll:

TOP 1: Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden keine Einwände/Bedenken vorgebracht.

TOP 2: Einwohnerfragen

keine

TOP 3: Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Vorlage: B-0102/21/32-025

Sachverhalt:

Stefan Mertes, Leiter der Wirtschaftsförderung der Verbandsgemeinde Gerolstein, erläutert dem Rat die Hintergründe für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes im Landkreis Vulkaneifel. Auf Initiative des Landkreises Vulkaneifel wurden in der Umsetzung des Kreisklimaschutzkonzeptes verschiedene Modelle zur kreisweiten Umrüstung der Straßenbeleuchtungen auf LED geprüft.

Dabei wird jede Ortsgemeinde einzeln betrachtet, da unterschiedliche finanzielle Ausgangslagen bestehen sowie in Teilen bereits Umrüstungen auf LED-Technik erfolgt sind.

Im Rahmen der Vorprüfung wurden alle Alternativen geprüft - wie z.B. Ausstieg aus den ehem. RWE-Verträgen mit Neuabschluss (Inanspruchnahme von Zuschüssen aus der Kommunalrichtlinie, Landeszuschüsse etc.) evtl. auch über einen kreisweiten Rahmenvertrag.

Weiterhin wurde z.B. auch mit der Energieversorgung Mittelrhein (EVM) verhandelt. Diese hat kein Interesse im Landkreis Vulkaneifel als Konkurrent anzutreten - außerdem müsste dann seitens EVM oder anderer potentieller Mitbewerber erheblich in Infrastruktur investiert werden. Die bestehenden RWE-Verträge wurden inhaltlich durch den Landkreis überprüft. In den bestehenden laufenden Verträgen die seinerzeit fast flächendeckend - auf Empfehlung des Gemeinde- und Städtebundes geschlossen wurden - ist das Eigentum auf RWE / Innogy übertragen worden.

Es ist zwar eine Ausstiegsklausel enthalten, dann müssten die Ortsgemeinden jedoch die komplette Anlage zum Restwert zurückkaufen und dann auch noch weiterhin Netzentgelte zahlen. Eine Investition die sich die meisten Ortsgemeinden nicht leisten können

Ziel der Verhandlungen auf Kreisebene mit Innogy (heute Westenergie) war es daher, dass die Gemeinden von Beginn an - sofort nach der Umrüstung auch Einsparungen generieren die die Haushalte vor Ort entlasten.

Herr Hau, Mitarbeiter der Innogy, erläutert technische Hintergründe zur Straßenbeleuchtung und deren Strom- und Kostenersparnis. Er berichtet von den jüngst in Erfahrung gebrachten Erkenntnissen, dass einige der derzeitigen Lampen in Salm defekt sind bzw. für die LED-Umrüstung nicht geeignet seien. Der Lampenhersteller ist leider insolvent gegangen.

Folgende Dinge wurden vereinbart:

- 1) Die Umrüstung kann im Rahmen der Wartung erfolgen (Reduzierung der Umrüstungskosten)
- 2) Wenn sich möglichst viele Gemeinden bei der kreisweiten Umrüstaktion beteiligen, können erhebliche

Einsparungen durch einen Großeinkauf der Lampenmodule erzielt werden. Diese Einsparungen können sofort an die Kommunen weitergegeben werden.

c) Eine Öffnungsklausel wurde festgelegt, falls die Gemeinde die Energie für die Straßenbeleuchtung künftig evtl. selber produzieren möchte (z.B. Wind/PV mit entsprechender Speichertechnik).

Konkret liegt der Ortsgemeinde Salm folgendes Angebot vom 13.11.2020 der Innogy (heute Westenergie) vor für die Gesamtkosten von 36.414,48 EUR mit der Amortisation in 5,82 Jahren vor. (Siehe Anlage/folgendes Bild):

Salm		13.11.2020	
Umstellung auf LED mit Vertragsanpassung, mit Leistungsreduzierung von 23:00 Uhr bis 5:00 Uhr			
Anzahl Leuchtstellen Gesamt:			113 St.
Anzahl Leuchtstellen Umrüstung:			101 St.
Anschlusswert			
heute	8945 W		4100 h
1:00 Uhr-5:00 Uhr	0 W	Teillast ca. 15%	0 h
nach Umrüstung	3653 W	Volllast	1910 h
23:00 Uhr-5:00 Uhr	1.827 W	Teillast 50%	2190 h
Stromverbrauchskosten			
heute	36.675 kWh		7.496,27 €
nach Umrüstung	10.977 kWh		2.243,75 €
Ersparnis			5.252,51 €
Netznutzungskosten			
heute	8,945 kW		903,45 €
nach Umrüstung	3,653 kW		368,95 €
Ersparnis			534,49 €
Wartungskosten			
Ersparnis	4,17 €/LS		471,21 €
Ges. Ersparnis / a			6.258,22 €
kalkulierte Kosten			39.463,73 €
KEK- Förderung	30 €/LS	-	3.049,25 €
Kosten ges.			36.414,48 €
Amortisation in Jahren			5,82
Finanzierung über innogyser (10 Jahre)			
Rate pro Jahr:			4.598,87 €

Alle angegebenen Preise sind Bruttopreise inkl. Steuern!

Bei den Umrüstkosten handelt es sich um Bruttopreise.

Es gibt drei Formen der Finanzierung:

1. Eigenmittel der Gemeinde
2. Kommunalkredit
3. Vorfinanzierung durch Innogy (Westenergie) (verzinstes Contracting-Modell)

Da die Ortsgemeinde über genügend Mittel verfügt, wird die Finanzierung aus Eigenmitteln der Gemeinde erfolgen. Grund hierfür ist der Verkauf eines Grundstückes in laufenden Haushaltsjahr.

Herr Hau erklärt, dass diese Kalkulation wie ein Angebot zu verstehen und für die Ortsgemeinde bindend sei und somit in einen Vertrag münden könnte. Dass, aufgrund der defekten Lampen, zusätzliche Kosten zum Angebot hinzutreten könnten, sei nicht auszuschließen. Dies sei zum derzeitigen Stand allerdings noch nicht kalkuliert und daher noch nicht im Angebot enthalten. Zum Zeitpunkt der Angebotslegung war dieser Umstand nicht bekannt.

Auf die Frage, was die Aussage der Innogy bedeutet, dass bei einer hohen Beteiligung anderer Ortsgemeinden der Preis sinken könne, wird erläutert, dass seither eine Vielzahl von Gemeinden zugestimmt habe und dies auch im Preis berücksichtigt würde. Da das Angebot allerdings schon älter ist, kann zum aktuellen Zeitpunkt keine Vergleichsrechnung ausgewiesen werden.

Fragen aus dem Rat zur Ersparnis der Wartungskosten werden durch Herrn Hau zureichend beantwortet.

Herr Hau erklärt, dass derzeit Lieferengpässe bestehen, wodurch eine Umrüstung in diesem Jahr zeitlich nicht mehr durchsetzbar sei. Er wirbt dafür, den Beschluss zeitnah zu fassen, damit alles Weitere in die Wege geleitet wird. Es wird sodann von Innogy überlegt, welches Ersatzprodukt für die defekten Lampen angeschafft werden könne.

Es wird vonseiten eines Großteils der Ratsmitglieder kritisiert, dass in den vorherigen Sitzungen viele offene Fragen zur Umrüstung bestanden, die jedoch von keiner Stelle beantwortet werden konnten. Es wird bemängelt, dass kein konkretes Angebot vorlag, sondern Innogy sich stets die Möglichkeit offengelassen habe, den Preis im Nachgang zu verändern. Der Rat stellt klar, dass er erst dann abschließend über die Umrüstung beschließen möchte, wenn konkrete Preise vorliegen, die für beide Vertragspartner bindend seien. Die Ortsgemeinde möchte nicht nach Beschlussfassung durch unüberschaubare Zusatzkosten überrascht werden. Der Wille des Rates, dem Grunde nach auf LED umzurüsten, wird hervorgehoben.

Herr Hau teilt mit, dass eine neue Kalkulation aufgrund der defekten Lampen innerhalb der nächsten vier Wochen vorgelegt werden könne. Durch Herrn Böffgen, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Gerolstein, wird angeraten, dass die Ortsgemeinde danach zeitnah eine weitere Ortsgemeinderatssitzung einberufen sollte, um über die Umrüstung sodann zu beschließen.

Die Haushaltsabteilung der Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein wird gebeten sicherzustellen, dass eine zweckgebundene Mittelübertragung in den Ortsgemeindehaushalt des nächsten Jahres erfolgt.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beauftragt den Ortsbürgermeister, die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik als Investition in die Zukunft in die Wege zu leiten. Die Finanzierung soll über Eigenmitteln erfolgen. Über eine Auftragserteilung zur Umrüstung seitens der Ortsgemeinde Salm wird erst nach Vorliegen eines verbindlichen Angebots entschieden.

Der Beschluss gilt unter der Voraussetzung, dass auch im nächsten Jahr die Eigenmittel aus dem Grundstücksverkauf für dieses Vorhaben zweckgebunden zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 9

Im Anschluss an TOP 3 wird der Breitbandausbau verbunden mit den erhöhten Kosten für die Ortsgemeinde Salm thematisiert. Herrn Hau wird die Frage gestellt, warum die Kosten der Ortsgemeinde Salm bedeutend höher waren als bei anderen Gemeinden, mit weitaus mehr Einwohnern.

Herr Hau erläutert, dass dies damit zu tun habe, dass in die Rechnung nur die Haushalte einbezogen wurden, die unterversorgt waren (unter 30 Mbit/s). Die Förderung vonseiten des Bundes und des Landes erstreckte sich nicht auf die gesamten Kosten für den Breitbandausbau, sodass 10 % von der Gemeinde selbst finanziert werden musste. Herr Hau erklärt, dass die Innogy Vertragspartner des Landkreises sei und der Landkreis für die Verteilung der Kosten auf die Gemeinden verantwortlich sei. Herr Mertes erläutert, der Landkreis habe die Kosten anhand eines Schlüssels auf der Grundlage der zu erschließenden Adressen auf die Ortsgemeinden umgelegt.

Die genaue Anzahl sowie die Ermittlung der Adressen sind der Ortsgemeinde ebenfalls nicht bekannt. Über diesen Verteilungsschlüssel hatte keine Einigung zwischen Landkreis und Ortsgemeinde stattgefunden. Die Ortsgemeinde wurde weder in die Beratung einbezogen noch darüber informiert. Es wird von vielen Ratsmitgliedern erheblich kritisiert, dass auf die Bitte, offene Fragen zu klären, weder vonseiten der Verbandsgemeinde, noch vonseiten des Kreises oder Innogy entsprechend reagiert wurde. Die Verantwortung wurden von der einen Stelle zur anderen verwiesen und niemand der vorgenannten habe sich mit der Thematik beschäftigen können bzw. wollen.

Herr Hau erklärt, dass Innogy lediglich Vertragspartner vom Landkreis sei und die Rechnungen und der Verteilungsschlüssel daher beim Landkreis anzufordern sein.

Es wird vonseiten des Ortsgemeinderates, Herrn Hau und Herrn Böffgen festgehalten, dass zur rückwirkenden Aufklärung der erhöhten Kosten die Rechnungslegung und Erläuterung des Landkreises Vulkaneifel erforderlich ist. Der Landkreis wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung dezidiert vorzutragen, wie die Kosten entstanden sind.

Von Herrn Hau und Herrn Mertes wird darüber informiert, dass zwischenzeitlich ein zusätzliches Projekt angelaufen sei, dessen Ziel es ist, jedem Haushalt einen Glasfaseranschluss anzubieten. Dies kann vor allem bei großen Haushalten mit vielen Endgeräten notwendig erscheinen.

TOP 4: Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 1-3348/21/32-024

Sachverhalt:

Die Annahme und Einwerbung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen bedarf nach § 94 Absatz 3 GemO der Genehmigung durch den Gemeinderat, wobei die genannte Vorschrift erst dann Anwendung findet, wenn die Zuwendung im Einzelfall eine Wertgrenze von 100 € übersteigt.

Zur Wahrung des Transparenzgebotes erfolgt die Beratung über die Genehmigung solcher Zuwendungen grundsätzlich in öffentlicher Sitzung, es sei denn, dass der Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten hat.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat genehmigt die Annahme nachfolgender Zuwendungen:

Art der Zuwendung	Datum	Zuwendungsgeber	Umfang der Zuwendung	Zuwendungszweck
Geldspende	09.03.2021	Bürgerdienst Lepper e.V. Julius-Saxler-Str. 3 54550 Daun	4.000,00 €	Sanierung Spielplatz

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 9

TOP 5: Informationen des Ortsbürgermeisters

Dem Ortsbürgermeister liegt ein Bescheid von der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. über die Gewährung einer Prämie in Höhe von 6.500,00 EUR zum Erhalt und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder vor.

Ortsbürgermeister Rolf Hoffmann weist darauf hin, dass der bisherige First Responder Marcel Borsch verzogen sei, weshalb dies der Zentrale gemeldet werden müsse. Es wird vorgeschlagen, die Bereitschaft für diese Aufgabe von verschiedenen Personen im Dorf, die in medizinischen Berufen arbeiten, zu erfragen. Diese Personen müssten sodann eine Ausbildung zum First Responder absolvieren. Ferner müsste Schutzkleidung angeschafft werden. Ortsbürgermeister Hoffmann möchte Kontakt zu den angesprochenen Personen aufnehmen.

Dr. rer. nat. Albrecht von der unteren Naturschutzbehörde stellte am 15.04.2021 sein Arbeitspapier - Projekt Etschenbruch im Salmwald - vor. Die E-Mail hierzu liegt allen Ratsmitgliedern vor. Mit anwesend war die Revierförsterin Frau Dana Justen sowie Ortsbürgermeister Rolf Hoffmann.

Herr Dr. Albrecht erläuterte nochmals die im Arbeitspapier aufgeführten Punkte. Zu den vorab gestellten Fragen einzelner Ratsmitglieder zum Verschließen einzelner Entwässerungsgräben bzw. Rückstau und eventueller weiterer Versumpfung anderer noch nutzbarer Flächen wies Herr Dr. Albrecht daraufhin, dass die Gräben mit Holz und weiteren Mitteln aus dem vorhandenen Bestand verschlossen werden und immer noch wasserdurchlässig wären.

Des Weiteren würden an anderer Stelle auch neue Entwässerungsgräben angelegt. Beim Ökokonto, Nutzung der Fläche als Ausgleichsfläche bei Baumaßnahmen, wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass dieses zusätzlich noch einmal schriftlich aufgeführt wird. Herr Dr. Albrecht beantragt die erforderlichen Mittel und setzt den Rat über den weiteren Verlauf in Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

TOP 6: Anfragen / Verschiedenes

keine

Für die Richtigkeit:

.....
Rolf Hoffmann
(Vorsitzender)

.....
Karolin Saxler
(Protokollführerin)